

Die

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Noten-, Wachsdruck- und Capetendruker, Notensteher und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsagen. des D. Senefelder-Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zg.-Katalog Nr. 2578.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

### Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: Konrad Müller, Schleichg.-Köylyg., wozin alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.  
Redaktionslokal: Dienstag.

### Insertion.

Für die dreizehnpennige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementquittung, sowie Vereinsanzeigen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

### Achtung Lithographen, Steindrucker!

Bezüglich den Differenzen in Firma Grünbaum, Oberwiesenthal, ertheilen wir die Mitteilung, daß die Firma, trotzdem bereits vor Pfingsten die Forderung auf Feiertagsbezahlung gestellt war, bis heute die Feiertage noch nicht bezahlt. In letzterer Zeit sollten nun Ueberstunden gemacht werden, wozu sich die Kollegen gern bereit erklärten, doch verlangten letztere für Ueberstunden 25% Zuschlag; diese Forderung erklärte die Firma für unerschämmt und nahm sofort Entlassungen vor. Bei jeder Gelegenheit erklärte die Firma, von nun an nur Nichtorganisierte zu beschäftigen. Auf ein Schreiben, welches wir an die Firma richteten, erhielten wir keine direkte Antwort. Wir ersuchen obige Firma so lange zu meiden, bis die Differenzen beigelegt sind. Der Vorstand.

Kassierer der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Albert Rößler, Hamburg-Eimsbüttel, Meißnerstraße 5, zu senden.  
Der Vorstand.

### Das Debüt der Zuchthausvorlage.

P. Br. Dem Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen, das der Volksmund nach den Begleitumständen seiner Genese die Zuchthausvorlage genannt hat, schenkt ein sensationelles Schicksal vorbehalten zu sein. Aufsehen erregend war bereits seine erste Verkündung aus kaiserlichem Munde am 6. September 1897 zu Dönhofen, die damals Bezug nahm auf eine um Jahresfrist zuvor gethane kaiserliche Aeußerung zu Wiesbaden und das Kommen des Entwurfes in die allerbestimmteste Aussicht stellte. Von der Parteien Gunst und Haß verfolgt erlebte der damals jedenfalls noch sehr schemenhafte Entwurf seine dritte, diesmal offizielle Verkündung in der Thronrede, — aber noch immer verging vom November bis Mai ein halbes Jahr, ehe er wirklich kam, bestehend aus 11 Paragraphen und ausgerüstet mit einer Strafvollmacht bis zu 5 jährigem Zuchthaus. Die Zuchthausandrohung geschah allerdings in einer so losen Verbindung mit dem Schutze der Arbeitswilligen, daß vielfach die Vermutung Platz griff, sie wäre nur in das Gesetz hineingekommen, weil dies nach der kaiserlichen Ankündigung allgemein erwartet war und ihr Ausbleiben viele enttäuschen würde. Die Sozialdemokratie kann der Reichsregierung für diese zarte Rücksichtnahme nur dankbar sein. Die Folge lehrte aber die eigentümliche Fassung des § 8 des Entwurfs, die an die Aufrechterhaltung und Landfriedensbruchparagraphen erinnert, als einen Anschlag gegen die Organisation der Arbeiter im Eisenbahn-, Post- und sonstigen Verkehrswesen, sowie im Bergbau und anderen Industriezweigen von hervorragendem öffentlichem Interesse erkennen und dieser Fassung ging selbst den bis zu einem gewissen Grade nach kompromisslustigen bürgerlichen Parteien wider den Strich. Gegen die lebhaftesten Angriffe von allen Seiten antwortete der verdunkelte Regierungsbekannter Graf v. Posadowsky, als er im Reichstage angezapft wurde, mit einem Hirnwels auf die nachfolgende Denkschrift, die die Vorlage eingehend begründete sollte. Und als die Denkschrift kam, entpuppte sie sich als das tendenziöseste und leichtfertige Machwerk, das je einem Parlament vorgelegt worden war, beruhend auf einem von Polizeibehörden und Staatsanwälten gesammelten, vielfach niedergelagerten Material, das sogar Silber-schriften aus öffentlichen Bedürfnisanstalten nicht verschmähte und das mit der Statistik in wahrhaft beschämender Weise umging.

Die Freunde derselben Kompromißanträge austüfteln, um zu retten, was möglich ist; aber die Arbeiterklasse wird diese Wartzeit sicher nicht ungenüht verstreichen lassen, sondern unausgeseht neues Material zur Beurteilung und Entkräftung der Vorlage aufhäufen und durch eine energische Propaganda das Volk in seinen Tiefen aufwühlen, sodaß die bürgerlichen Vertreter, die jetzt gegen eine Kommissionsberatung gestimmt haben, im Herbst oder Winter schon durch ihre Wähler gezwungen werden, der Mißgeburt entgeltlich den Rest zu geben.

Die erste Reichstagslesung gestaltete sich außerordentlich lebhaft; die Debatten wurden, trotzdem unter den Reichstagsparteien, mit Ausnahme der Konserverpartei, nur geringe Meinungsverschiedenheiten wahren, mit größter Schärfe geführt. Eingeleitet wurden sie vom Reichskanzler mit der Versicherung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht im Vergingsten beschränkt werden solle, welche einen förmlichen Vachsturm hervorrief, ebenso die Entschuldigung, daß entgegenstehende Schwierigkeiten die späte Einbringung der Vorlage verschuldet hätten. Graf v. Posadowsky, der gefällige Meisterredner des Kabinetts, machte die Stimmung nicht genehmer, als er für seine Person erklärte, daß die Koalitionsfreiheit im wirtschaftlichen Interesse aufrecht erhalten werden müsse, gerade so, wie die Preisbindung der Unternehmer. Seine weiteren Ausführungen über den von ihm verstandenen Begriff der Koalitionsfreiheit zeigten indes, was die Arbeiter von diesem Hüter ihres Rechts zu erwarten haben, sobald sie ernstlich davon Gebrauch machen, in dem alle Mittel, die Koalition zur Durchführung und Wirksamkeit zu bringen, als terroristisch und gegen die Freiheit der Nichtkoalitierten gerichtet, gebrandmarkt und unter Strafe gestellt werden. Er bekämpfte das aufstrebende Selbstbewußtsein, das sich in der Arbeiterklasse mit der Entwicklung der großen Industrie und mit der Benützung des allgemeinen Wahlrechts gesteigert habe und das sie zur Inanspruchnahme einer Macht verleite, die mit den Interessen der übrigen Bevölkerung und der Staatsordnung absolut unvereinbar sei. Vergeblich suchte der edle Graf zu beweisen, daß die Vorlage Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig gleich behandle; — die Behörden und Gerichte, die teils das Anlagemonopol, teils die Wahl zwischen Geld-, Gefängnis- und Zuchthausstrafe haben, werden in ihrer Praxis wohl zu unterscheiden wissen, wen sie vor sich haben. Schrecklich schilderte er das Postensitzen als eine Art Belagerungszustand über Betriebe und Arbeitswillige. In welchem schlimmeren Belagerungszustand befindet sich dann die gewerkschaftliche Organisation, die sich in ihren Sitzungen, Versammlungen, Vergnügen, Ausflügen, Streiks u. vor Ueberwachung nicht retten kann? Die sozialdemokratische Koalitionsfreiheit verglich er mit einem Januskopf, der auf der einen Seite die Zähne der Freiheit, auf der anderen die des bedingungslosen Zwanges trage und in seiner Schilderung der sozialdemokratischen Organisation warf er Partei und Gewerkschaften lunderbunt durcheinander, wobei

### Internationales Sekretariat.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Abrechnung vom 1. Quartal 1899 noch nicht gegeben werden kann, da noch 27 Städte mit den Beiträgen ausbleiben.

Vom 4. Quartal 1898 restieren noch folgende 6 Städte: Nachen, Dortmund, Frankfurt a. M., Hanau, Hannover, Lahr i. B.

Die noch restierenden Zahlstellen werden ersucht, pünktlicher abzurechnen, da durch diese Saumseligkeit die Thätigkeit des Intern. Sekretariates in Frage gestellt wird. Diejenigen Zahlstellen, welche bis 1. August das 1. Quartal noch nicht abgerechnet haben, werden dann in der „Gr. Pr.“ veröffentlicht.

Einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit des Internationalen Sekretariats hoffe ich bald geben zu können.

Der Vertrauensmann.

### Zur Massenaußsperrung in Dänemark.

Ueber den Stand der Aussperrung schreibt uns Gen. Jensen aus Kopenhagen am 11. Juli folgendes: „Für Mittwoch, 12. Juli, war die Einigungsstammer wieder einberufen. Der Vorsitzende derselben, D. Deunper, Prof. an der Kopenhagener Universitäts, ist in den letzten Tagen eifrig bemüht gewesen, eine Einigung der streikenden Parteien vor dem Stattfinden der Sitzung herbeizuführen. Wie die Sache jetzt liegt, war aber nicht die geringste Hoffnung für eine Einigung vorhanden, weil die Unternehmer an ihren toten Forderungen festhalten. Sie hoffen bestimmt, daß es uns unmöglich werden wird, den Aussperrten Brot zu beschaffen. Diese Hoffnung dürfte durch die Bemühungen der deutschen Arbeitergesellschaft, für Unterstützung der Aussperrten zu sorgen, zu Schanden werden, und vertrauen wir der vereinten Kraft, die den Uebermut des Unternehmertums brechen wird.“

Die Hoffnung unserer dänischen Arbeitsgenossen dürfte nicht getraut werden, denn in allen Gewerkschaften und in allen Orten Deutschlands wird mit Eifer für Aufbringung von Unterstützungsgeldern gesorgt. Die „Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks“ haben zwei Delegationen nach Deutschland geschickt, die in Versammlungen in einigen größeren Orten über den Gewaltstreik des dänischen Unternehmertums Bericht erstatten sollen.

Im Anschluß hieran ersuchen wir allervorts eifrig sich an diesen Sammlungen zu beteiligen und aus etwa vorhandenen Lokalfonds Gelder zu bewilligen. Alle Gelder bitten wir entweder an die örtlichen Gewerkschaftskartelle, oder an den





